



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion:
Stärkung der IPK FHNW**

Autor/in: [Klaus Kirchmayr](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 1. Dezember 2011

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

In den letzten Jahren hat der Kanton Baselland diverse "Gemeinschaftsunternehmen" mit seinen Nachbarkantonen realisiert. Für die bedeutendsten dieser Unternehmen wurden Interparlamentarische Kommissionen eingesetzt, in welche die Partnerkantone Parlamentarier delegieren. Beispiele solcher Gemeinschaftswerke sind die Universität Basel, die FHNW oder das UKBB.

Aktuell begleiten diese IPKs (bzw. IGPKs) die jeweiligen Unternehmen und werden in einem beschränkten Rahmen über anstehende Probleme und Entscheidungen informiert. In der Praxis reduziert sich die Aufgabe der IPKs jedoch auf das "zur Kenntnis nehmen" des jährlichen Rechenschaftsberichts und dessen Weiterleitung an die kantonalen Parlamente.

Die betroffenen Gemeinschaftswerke erfordern von den Kantonen massive Finanzmittel und das mit steigender Tendenz. Eine parlamentarische Kontrolle dieser Begehrlichkeiten ist kaum möglich, da die Gemeinschaftswerke sich in harten Verhandlungen mit den entsprechenden Regierungsausschüssen einigen und die Regierungen dann diese Kompromisse ihren Parlamenten vorlegen. Dabei werden die Parlamente regelmässig vor eine "Vogel friss oder stirb"-Entscheidung gestellt, bei der oft gleich die Existenz der entsprechenden Institution in Frage gestellt wird. Eine sachgerechte Diskussion kann kaum stattfinden. Angesichts knapperer Finanzen muss man kein Prophet sein, um eine Verschärfung dieser unbefriedigenden Situation vorauszusehen.

Eine Verbesserung dieser Situation könnte durch eine Stärkung der IPKs erreicht werden. In diesen Kommissionen besteht die Gelegenheit, mit dem Zugriff auf das nötige Wissen, sachgerecht strategische Entscheide der Gemeinschaftswerke vorzubereiten. Die aktuelle Erfahrung in den IPKs zeigt, dass sehr oft kantons- und parteiübergreifend Konsens erzielt werden kann. Wären strategische Entscheide zu den Gemeinschaftswerken in den IPKs sorgfältig vorbereitet, so würde dies die nachfolgende Debatte in den Kantonsparlamenten versachlichen und die notwendigen Entscheide vereinfachen.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Der Regierungsrat wird aufgefordert mit den Partnerkantonen der FHNW Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, dass der IPK FHNW ein stärkeres Mitspracherecht eingeräumt wird. Insbesondere soll geprüft werden, in welcher Form die IPK konkrete Anträge an die Regierungen und/oder Parlamente der Partnerkantone einbringen könnte und wie ein sachgerechter Einfluss bei der Bewilligung von Finanzen sichergestellt werden kann.

(Ein analoger Vorstoss wird in den Kantonen SO, AG und BS eingereicht)